

Antrag Nr. 17-F-02-0022

CDU

Betreff:

Leitkultur und Wiesbadener Identität
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.06.2017 -

Antragstext:

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18. Mai 2017 wurde über die Grundwerte des Zusammenlebens in Wiesbaden debattiert. In der Debatte wurde von einigen Stadtverordneten die Idee einer Leitkultur kritisiert und stattdessen auf das Konzept des Verfassungspatriotismus (Dolf Sternberger) rekurriert. Demnach genüge der Bezug auf das Grundgesetz als Gemeinsamkeit bzw. Identität stiftendes Moment in der Stadtgesellschaft.

Dabei wird übersehen, dass der erforderliche gesellschaftliche Diskurs sich nicht auf die geschriebenen Normen beschränken darf, sondern sich gerade auch auf die ungeschriebenen Normen und Werte eines Gemeinwesens beziehen muss, die den Kontext bilden, aus dem heraus eine Verfassung bzw. das Grundgesetz erst interpretiert und verstanden werden kann und aus dem heraus eine Verfassung erst Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen gewinnt. Diese Wertegrundlage des Grundgesetzes und die ihr inhärente Frage, wie wir den Menschen sehen, ist die Voraussetzung dafür, dass das Grundgesetz die Bindewirkung entfalten kann, die einen Verfassungspatriotismus erst ermöglicht.

Für das Zusammenleben in der Gesellschaft, auch in der Wiesbadener Stadtgesellschaft, ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund aktueller Debatten um Integration und Zuwanderung zum einen das Wertefundament und Selbstverständnis der Stadtgesellschaft insgesamt von Bedeutung, zum anderen das Selbstverständnis derjenigen, die Aufnahme in die Stadtgesellschaft suchen. Reinhard Müller hat es in einem Kommentar zur jüngsten Leitkulturdebatte in der F.A.Z. („Was uns zusammenhält“, F.A.Z., 02.05.2017) auf den Punkt gebracht: „Migration hat stets Staat und Gesellschaft verändert - Einwanderer bringen etwas mit und finden etwas vor, es geht um Bewährtes und Neues, kurz: um Identität. Offen dafür und respektvoll ist aber nur, wer sich seiner selbst bewusst und sicher ist.“

Der Ausschuss möge beschließen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. was er in den vergangenen drei Jahren unternommen hat, um sich ein Bild davon zu machen,
 - a. welches Wertefundament und Selbstverständnis Zugewanderte bzw. Menschen mit Migrationshintergrund haben;
 - b. welches Wertefundament und Selbstverständnis die Stadtgesellschaft insgesamt bzw. die städtische Mehrheitsgesellschaft hat;
2. welche Erkenntnisse dem Magistrat durch die Maßnahmen gemäß Frage Nr. 1 vorliegen, insbesondere in Hinblick darauf, was für die Menschen in Wiesbaden zur Identität oder Leitkultur gehört bzw. welche Wertegrundlage und welches Menschenbild die Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden haben (sowohl bezogen auf die Mehrheitsgesellschaft als auch auf Minderheiten bzw. Zugewanderte);
3. welche Schlussfolgerungen der Magistrat aus diesen Erkenntnissen gezogen hat bzw. noch zieht;
4. welche Rolle der „Stabsstelle Wiesbadener Identität - Engagement - Bürgerbeteiligung“ in diesem Gesamtkontext zukommt;
5. was er weiterhin beabsichtigt, um sich in Zukunft ein Bild vom Wertefundament und Selbstverständnis der Stadtgesellschaft insgesamt und der Zugewanderten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im Besonderen zu machen.

Antrag Nr. 17-F-02-0022
CDU

Wiesbaden, 13.06.2017

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender

Gunnar Koerdts
Fraktionsgeschäftsführer